Nr. 112. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, 7. März 1899.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Die Krankheit der Königin von Belgien

ist derart, daß kaum noch Hoffnung auf Erhaltung des Lebens vorhanden ist, die Kronprinzessin-Wittwe Stefanie trifft heute ein. Die Königin phantasirt fortwährend, erkennt Niemanden und muß künstlich ernährt werden. Weder eine Hofdame, noch Jemand von der Dienerschaft werden in das Krankenzimmer gelassen. Der König, die Aerzte und die beiden Krankenschwestern bilden die einzige Umgebung der Patientin. Die Prinzessin Clementine ist um 5 Uhr Nachmittags, von Paris kommend, in Brüssel eingetroffen. Gestern sprang die Kranke aus dem Bett und wollte sich zum Fenster hinausstürzen, wurde jedoch rechtzeitig daran gehindert. Die Aerzte erwarten die Rettung nur von einem Wunder. Der König weilt tiefbewegt am Krankenbett.

Die Maskat-Angelegenheit.

Die Erklärung, welche der Minister des Aeußern Delcassé gestern in der französischen Deputirtenkammer über die Maskat-Angelegenheit abgegeben hat, lautete, wie folgt:

„Vor etwa drei Wochen traf der englische Resident in Bender, Buschin, welcher der indischen Regierung untersteht, auf einem Kriegsschiffe vor Maskat ein und forderte den Sultan auf, eine Konzession rückgängig zu machen, die er uns ertheilt hatte, und welche das Zugeständniß an Frankreich enthielt, ein Kohlendepot an der Meeresküste an einer der zu Maskat gehörigen Buchten anzulegen. Unter dem Drucke der englischen Kanonen ersuchte uns der Sultan, ihm die Konzessionsurkunde wieder zurückzustellen, was wir natürlich verweigerten. Darauf erklärte der Sultan die Konzession für annullirt. Das sind die Thatsachen. Die Regierung der Republik fand sich also einer doppelten Frage gegenüber, einer thatsächlichen und einer formellen. Welchen Vorwurf konnte man schließlich gegen uns erheben? Durch den Vertrag von 1862 übernahmen England und Frankreich die gegenseitige Verpflichtung, die Unabhängigkeit des Imam von Maskat zu respektiren. Frankreich hat ebenso wenig heute als in der Vergangenheit Lust, diese Unabhängigkeit im Geringsten anzutasten. Frankreich hat dies stets gesagt und erhebt keine Schwierigkeit, es wieder zu sagen; es beabsichtigt zweifellos ebensowenig als England, sich auf Umwegen, durch Sonderverträge in Maskat eine bevorrechtigte Lage zu schaffen und die Tragweite der Uebereinkunft von 1862 zu seinem Vortheil abzuschwächen. Konnte die Bewilligung einer Kohlenniederlage die geringste Beunruhigung rechtfertigen? England besitzt seit langem eine Kohlenniederlage in Maskat, und wie könnte der bloße Plan, seinerseits das zu thun, was England ohne Schädigung der Uebereinkunft von 1862 thun konnte, seitens Frankreich eine Nichteinhaltung, eine Verletzung eben dieser Konvention bedeuten! Die Erörterung über diesen Punkt konnte keine weitläufige sein. Die englische Regierung hat auch nach erhaltener Aufklärung über die Thatsachen und unsere Absichten nicht gezögert anzuerkennen, daß die Rechte Frankreichs und Englands in Maskat identisch seien, wie auch ihre Pflichten dieselben seien. Frankreich kann sehr rechtmäßiger Weise dort einerseits eine Kohlenniederlage genau zu den Bedingungen haben, unter welchen England dort die seinige errichtet hat. (Beifall.) Wir hatten also Recht in der Sache behalten; es blieb jetzt nur noch die Frage des weiteren Vorgehens zu regeln. Auch hier konnte eine zufriedenstellende Lösung nicht zweifelhaft sein. Es wäre auch wirklich nicht möglich, daß im Augenblick, wo die beiden Regierungen in aufrichtigem versöhnlichen Sinne über die Abgrenzung ihrer Besitzungen in Afrika unterhandeln und ein Vertragsverhältniß als Garantie einer dauernden Verständigung anstreben, weil die wesentlichen Interessen der beiden Nationen dadurch gewahrt sein werden, es wäre wirklich nicht möglich, sage ich, daß in diesem Augenblick die englische Regierung den ebenso unkorrekten wie eigenmächtigen Eingriff seitens eines ihres Beamten zulassen konnte, der uns Anlaß zur Klage gegeben hat. Auch hat uns die englische Regierung ihr aufrichtiges Bedauern über den Vorfall zum Ausdruck gebracht. (Sehr gut! Beifall.) So verhält es sich mit dieser Angelegenheit. Ich danke der Kammer, daß sie der Regierung Zeit gelassen hat, diese Angelegenheit zu regeln und während einige, glücklicherweise nur sehr wenige Zeitungen sich auf die Nachricht von diesem Zwischenfall stürzten, um einen neuen Rückzug vorauszusagen, gleichsam als wollten sie sich schon im Voraus an der Demüthigung ihres Landes laben (Lebhafter Beifall), ich danke der Kammer, sage ich, daß sie dagegen durch ihr Schweigen gezeigt hat, daß sie der Regierung Vertrauen schenkt. Sie sieht jetzt, daß sie nicht weniger schnell und vollständig Genugthuung erlangt, wenn sie dieselbe auch ohne Lärm gefordert hat." (Beifall.)

Die Vorgänge in Frankreich.

Der Kassationshof suspendirte den Richter Grosjean wegen seines Einschreitens in der Angelegenheit Dreyfus für die Dauer von 2 Monaten. Der Richter Pasques hat den Obersten und einige Soldaten des 82. Regimentes in der Angelegenheit Deroulede verhört. Die vereinigten Kammern des Kassationshofes unter dem Vorsitz Mazeaus ernannten Ballot Beaupré, den Vorsitzenden der Zivilkammer und Nachfolger Quesnay de Beaurepaires zum Berichterstatter in der Angelegenheit der Revision des Prozesses Dreyfus. Dem Vernehmen nach wird die Angelegenheit nicht vor dem 10. April zur öffentlichen Verhandlung kommen.

Da der Kriegsminister wegen einer Sitzung des Oberkriegsraths verhindert war, der gestrigen Kammersitzung beizuwohnen, wird Fourniere seine Interpellation über die Enthüllungen Esterhazys erst heute einbringen. In den Wandelgängen der Kammer verlautet, die Regierung werde die Vertagung der Interpellation verlangen, da die Angelegenheit zur Zeit vor dem Kassationshof schwebe.

Das Kolonialamt dementirt die aus englischer Quelle stammende Meldung von einer Erkrankung Dreyfus' und erklärt, derselbe befinde sich wohlauf.

Die augenblickliche Ruhe in der Politik wird nur durch neue Enthüllungen Esterhazys über die Dreyfus-Affaire gestört. Gleichzeitig mit den Eröffnungen in einer englischen Zeitung veröffentlicht der Pariser Verleger Fayard die Aussagen des Kommandanten vor der Kriminalkammer des Kassationshofes, worin er seine Sache mit pathetischem Wortschwall vertheidigt, viel Bekanntes, aber auch einiges Neue erzählt. Natürlich werden diese Enthüllungen mit Vorsicht aufgenommen. Bei den Dreyfus-Blättern finden sie den meisten Anklang. So schreibt der „Rappel": „Diese Enthüllungen werden in ganz Frankreich einen enormen Wiederhall und bei allen Klassen der Bevölkerung ungeheure Erregung hervorrufen. Denn nach einem solchen Skandal muß Licht werden. Möge man Alles sagen!" Die sozialistische „Petite Republique" äußert: „Wenn die Erzählung Esterhazys, so weit sie seine Beziehungen zum Generalstab betrifft, richtig ist —, wenn, wie man annehmen darf, die Du Paty de Clam von ihm zugeschriebene Notiz echt ist, so dürfte sie die furchtbarsten Konsequenzen haben. Esterhazy geht so weit, zu behaupten, daß sein Advokat Tezenas dem General de Boisdeffre (früheren Generalstabschef) seine Aussage im Zola-Prozeß einfach vorgeschrieben habe. Es ist unmöglich, daß der General nicht öffentlich und unverzüglich Aufschluß über diesen Punkt giebt. Er muß sagen, warum er mit dem gesamten Generalstab der „Mann Esterhazys" war und welches Interesse er hatte, alle diese Manöver und Lügen zu decken und zu begünstigen."

Aus dem Reiche.

Wie aus Lothringen gemeldet wird, beabsichtigen der **Kaiser und die Kaiserin** mit den jüngeren Kindern Mitte Juni d. J. auf Schloß Urville einzutreffen, um dort einen etwa achttägigen Sommeraufenthalt zu nehmen. Die drei ältesten, in Plön weilenden Söhne des Kaiserpaares werden durch ihre Studien verhindert sein, an dem Besuche theilzunehmen. — Am heutigen Tage begeht ein verdienter alter General, der **Generalleutnant z. D. Mützschefahl**, seinen 80. Geburtstag. — Heute feiert Herr **Louis Hirsch**, der Senior-Chef und Begründer des Louis Hirschs Telegraphen-Büreau, in voller Rüstigkeit und Frische seinen 70. Geburtstag. — **Für die Löbtauer „Opfer"** haben die Sozialdemokraten bis jetzt nicht weniger als fünfundfünfzig Tausend Mark zusammengebracht. Der Parteivorstand erklärt damit die Sammlung für geschlossen, „da die bis jetzt eingegangene Summe in Verbindung mit den noch in den Sammelstellen auf umlaufenden Listen u. s. w. befindlichen Beträgen nach einer vom Dresdener Unterstützungskomitee gemachten Aufstellung, die Gewährung einer angemessenen Unterstützung an die ihrer Ernährer beraubten Familien während der Abwesenheit der dem Zuchthaus und Gefängniß Ueberlieferten ermöglichen." — Eine neue **Schnellzugverbindung** soll demnächst zwischen Berlin und Konstantinopel über Breslau, Krakau, Czernowitz, Buzeu (Rumänien), Konstanza und von dort zu Schiff nach Konstantinopel geschaffen werden. Die Fahrzeit von Berlin bis Konstantinopel wird 44—45 Stunden betragen. Der Vertrag unterliegt der „Schles. Ztg." zufolge noch der Genehmigung der rumänischen Kammer.

Deutschland.

Berlin, 7. März. In Kiel fand gestern unter dem Vorsitze des Kontre-Admirals Frhrn. v. Seckendorff im Seemannshause die Generalversammlung der Gesellschaft „Seemannshaus für Unteroffiziere und Mannschaften der kaiserlichen Marine" statt. In der Versammlung wurde festgestellt, daß Dank der den Zielen der Gesellschaft in ganz Deutschland und in den deutschen Kolonien des Auslandes gewidmeten Sympathien bisher 200 000 Mk. für die Erbauung von Seemannshäusern in Wilhelmshafen und Kiautschou zusammengeflossen sind. Einstimmig wurde beschlossen, die Thätigkeit zur Beschaffung der noch fehlenden Mittel auf das kräftigste fortzusetzen, damit womöglich noch vor Eintritt des Herbstes mit der Anlage der so dringend nothwendigen beiden Seemannsheimstätten begonnen werden kann. Mit dem herzlichen Dank an alle diejenigen, welche die Thätigkeit der Gesellschaft materiell gefördert haben, verband die Generalversammlung ihre lebhafte Anerkennung der wohlwollenden Unterstützung der Gesellschaft von Seiten der deutschen Presse.

— Die dem Abgeordnetenhause zugegangene Denkschrift über die Begründung der Technischen Hochschule in Danzig weist zunächst ziffernmäßig nach, daß die in Deutschland bestehenden neun technischen Hochschulen der wachsenden Nachfrage der Industrie nach Ingenieuren nicht entsprechen konnten, und daß Preußen in der Zahl solcher Hochschulen den übrigen deutschen Staaten nachsteht. Insbesondere seien die Provinzen im Nordosten Preußens weit von einer solchen Anstalt entfernt. Das wachsende Mehrbedürfniß an Technikern wird allerdings abnehmen, wenn die industriellen Verhältnisse ungünstiger werden sollten, aber im Allgemeinen ist der zunehmende Bedarf ein dauernder. Er beruht auf der Entwickelung ganz neuer Gebiete, wie insbesondere der elektrotechnischen, der Beleuchtungs- und Kraftvertheilungsanlagen, der großen Erweiterung in der Verwendung der Maschinen und in dem Eindringen der wissenschaftlichen Technik in alle Betriebe. Die Großstädte bedürfen eines Stabes von mehreren hundert Ingenieuren allein für ihre technischen Betriebe. Es ist also nicht vorauszusetzen, daß das technische Studium wieder zurückgehen wird. Unter diesen Umständen hat sich die Staatsregierung zur Errichtung einer neuen technischen Hochschule im Nordosten der Monarchie, wo es noch an jeder derartigen Anstalt fehlt, entschlossen und unter den vielen Eingaben der Städte des Ostens dem Ansuchen der Stadt Danzig den Vorzug zu geben. Mitbestimmend war bei dieser Wahl auch der Gesichtspunkt, die wirthschaftliche Lage der dortigen Bevölkerung thunlichst günstiger zu gestalten. Ueber den Gründungsplan und das Bauprogramm haben eingehende Erwägungen stattgefunden, sind jedoch noch nicht überall zu einem bestimmten Abschluß gelangt. Indessen steht soviel schon fest, daß die Baukosten etwa vier Millionen und der jährliche Staatszuschuß etwa 370 000 Mark betragen werden. Die Danziger Hochschule wird Abtheilungen für Architektur, Ingenieurwesen, Maschinenbau und Elektrotechnik, Chemie und allgemeine Wissenschaften, sowie für Schiffbau erhalten. Doch ist es nicht richtig, wie gestern ein parlamentarischer Berichterstatter meldete, daß die Schiffbauabtheilung der Charlottenburger Hochschule nach Danzig verlegt werden soll. Vielmehr behält, wie wir schon vor einigen Tagen mittheilten, die Charlottenburger Hochschule ihre Abtheilung für Schiffbau, und die Danziger erhält eine neue Unterrichtsstätte für Schiffbau.

— Der altkatholische Bischof Weber hat der „Kreuzztg." folgende Zuschrift gesandt: In Nr. 100 der „Neuen Preußischen Zeitung" vom 28. Februar werden die für den altkatholischen Bischof im Etat ausgeworfenen 48 000 Mark eine Kulturkampfposition genannt. Das ist nicht richtig. Unter Kulturkampfgesetzen versteht man diejenigen Gesetze, die zum gewaltsamen Niederwerfen der ultramontanen Richtung in der katholischen Kirche bestimmt waren. Eine solche Bestimmung haben die genannten 48 000 Mark nicht; sie dienen nur dazu, dem Bischofe der Altkatholiken staatlicherseits eine wahrlich kleine Beihülfe in der Verwaltung seines Amtes zu gewähren. Denselben Zweck haben die von der königlichen Staatsregierung in den diesjährigen Etat eingestellten 6000 Mark für die Ausbildung altkatholischer Theologen. Durch die Bewilligung dieser Summe geschieht der ultramontanen Richtung in der katholischen Kirche Preußens sicherlich keine Gewalt und kein Unrecht. Bei den ungeheuren Summen, welche diese Jahr aus Jahr ein aus Staatsmitteln bezieht, wäre es doch wohl recht und billig, dem Bischofe der Altkatholiken die kleine Summe von 6000 Mark nicht zu versagen, aber zu ihrer Bewilligung liegt, meint die „Neue Preußische Zeitung", weder in den Zeitverhältnissen, noch in der jetzigen Bedeutung des Altkatholizismus ein ausreichender Grund vor. Das ist bei einer richtigen Beurtheilung der Sachlage ein großer Irrthum. Die jetzige Bedeutung des Altkatholizismus liegt allerdings nicht in seiner einstweiligen Ausdehnung; er ist bis jetzt auf 100 größere und kleinere Gemeinden im Reiche beschränkt geblieben. Aber sie liegt darin, daß die kirchliche Organisation der Altkatholiken nach wie vor der einzige Protest gegen den Ultramontanismus ist, der einen wirksamen und nachhaltigen Erfolg für die Zukunft verspricht, und da sollte die Bewilligung der genannten 6000 Mark in den Zeitverhältnissen nicht begründet sein? Ich wünsche von Herzen, daß die Gegner des Altkatholizismus auf evangelischer Seite die unbedingte Nothwendigkeit desselben für die religiösen und staatlichen Interessen des deutschen Volkes nicht erst dann einsehen, wenn es vielleicht zu spät ist.

— Die „Köln. Ztg." schreibt: Der Präsident des Abgeordnetenhauses Herr v. Kröcher will noch nicht die Aussicht aufgeben, daß das Staatshaushaltsgesetz in diesem Jahre verfassungsgemäß vor dem 1. April zu Stande kommt, und er will zu dem Ende einige Abendsitzungen anberaumen, die erfahrungsgemäß auf die Beschleunigung der Berathungen eine recht vortheilhafte Wirkung ausüben. Wir haben schon beklagt, daß er nicht bereits früher von diesem praktischen Ausweg Gebrauch gemacht hat; denn für jeden Parlamentarier und vor allem für die Geschäftsführung sollte allein ausschlaggebend sein der Gesichtspunkt, daß weit wichtiger als das Halten vieler Reden und das Vorbringen vieler Klagen und Beschwerden die unbedingte Wahrung der Vorschriften der Verfassung ist. Indessen, da Herr v. Kröcher noch die Hoffnung aufrecht hält, ohne Verfassungsbruch auszukommen, so können wir unserseits auch in dieser vorgerückten Stunde und nochmals alle Landtagsabgeordneten bitten, ihres Eides, mit dem sie die Verfassung beschworen haben, eingedenk zu sein und alle Ausführungen und Klagen zurückzustellen, die ebenso gut und gründlicher außerhalb des Rahmens der Budgetberathung durch eigene Anträge erledigt werden können. Diese Mahnung müssen wir nicht blos an die konservativ-ultramontane Mehrheit richten, die in erster Linie für die Geschäftsführung verantwortlich ist, sondern nicht minder an die Opposition, der die Heilighaltung der Verfassung oberstes Gesetz bleiben muß. Wir müssen es geradezu als eine Rücksichtslosigkeit gegen das Abgeordnetenhaus bezeichnen, wenn z. B. der [illegible] Abgeordnete Dr. Hirsch nicht davor zur[illegible], im jetzigen Augenblick eine Resolution zum Etat der Gewerbeverwaltung einzubringen, es solle ein Versuch mit der Anstellung weiblicher Gewerbe-Aufsichtsbeamten gemacht werden. Ein solcher, zu den weitschweifigsten Debatten Anlaß gebender Antrag kann mit genau derselben Wirkung nach Ostern eingebracht und berathen werden; nach Ostern aber hat das Abgeordnetenhaus reichlich Zeit, sich derartigen Redeergüssen zu widmen; denn die Berathungen der 15. Kommission über das Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch werden dank der Umstandskrämerei des ultramontanen Abgeordneten Schmidt-Warburg und seiner bekannten endlosen ungenügend vorbereiteten und überflüssigen Anträge noch eine recht lange Frist dauern, ehe das Abgeordnetenhaus sie wird verabschieden können. Doch selbst bei der größten Selbstbeschränkung aller Parteiredner wird trotzdem das Staatshaushaltsgesetz nicht rechtzeitig zum 1. April fertig werden können, wenn nicht der Präsident v. Kröcher alsbald das Herrenhauspräsidium auf die Nothlage aufmerksam macht, in die die Fertigstellung des Staatshaushalts durch die Schuld des Abgeordnetenhauses gekommen ist, und es bittet, rechtzeitig die Herrenhauskommission zur Vorprüfung des Etats einzuberufen, auch wenn das Abgeordnetenhaus mit seinen Arbeiten daran noch nicht vollständig fertig geworden ist. Wird das Staatshaushaltsgesetz erst, wie Herr v. Kröcher annimmt, am Sonnabend, den 18. März, in das Herrenhaus gelangen und dort in Angriff genommen, so ist kaum abzusehen, wie das letztere den Etat bis zu den am 22. März beginnenden parlamentarischen Ferien erledigen soll. Es ist unbedingte Pflicht, daß das eine Haus auf das andere die loyalste Rücksicht nimmt.

Italien.

Rom, 6. März. Der Papst blieb heute mehrere Stunden außer Bett. Die flüssige Ernährung wurde aufgegeben; der Papst nahm heute schon wieder die gewohnte Nahrung zu sich. Nachmittags 5 Uhr statteten die Aerzte Mazzoni und Lapponi dem Papste einen Besuch ab und stellten fest, daß Blutzirkulation, Temperatur und Athmung regelmäßig sind. Der Papst empfing Kardinal Rampolla und mehrere Prälaten. Dr. Lapponi wird diese Nacht nicht mehr im Vatikan verbleiben.

Spanien und Portugal.

Madrid, 6. März. Kammer. Der Schriftführer verliest das königliche Dekret, durch welches das neue Ministerium ernannt wird. Der Ministerpräsident verliest darauf das Dekret, durch welches die Kortes aufgelöst werden. Der Deputirte Abonez ruft: „Nieder mit den Jesuiten", worauf Hochrufe auf die Republik und die Freiheit erschallen. Unter großem Tumult hebt der Präsident die Sitzung auf und läßt die Tribünen räumen.

Senat. Graf Almenar will sprechen, wird aber durch Lärm daran verhindert. Silvela verliest sodann das Schließungsdekret. Mehrere liberale Senatoren rufen: „Es lebe die Freiheit!" Almenas ruft: „Es lebe die Armee! Es lebe die Marine!" Die Sitzung wird unter großer Erregung geschlossen.

Madrid, 6. März. Das Blatt „Pais" veröffentlichte heute Vormittag ein „Ausschuß der Studirenden" unterzeichnetes Schreiben, in welchem alle Studirenden dringend aufgefordert wurden, sich um 11 Uhr Vormittags vor der Universität zu versammeln und Kundgebungen gegen die Regierung zu veranstalten. Die Studirenden entsprachen jedoch dieser Aufforderung nicht und es fanden keine Kundgebungen statt.

Rumänien.

Bukarest, 6. März. Die Kammer hat mit 74 gegen 2 Stimmen das gesamte Budget angenommen. Der Ministerpräsident legte einen Gesetzentwurf vor über eine Konvention mit Deutschland betreffend eine direkte Eisenbahn- und Post- und Telegraphenverbindung zwischen Berlin und Konstantinopel mit einem Kabel zwischen Constantza und Konstantinopel. Sämtliche Bureaus der Kammer beschlossen die Dringlichkeit des Gesetzentwurfs.

Das Unglück in Toulon.

Bis jetzt sind 50 Leichen von den bei der Explosion Umgekommenen geborgen; man glaubt, daß nur noch drei oder vier Leichen sich unter den Trümmern befinden.

In der Deputirtenkammer beantragt Allard, einen Kredit von 200 000 Franks für die Hinterbliebenen der bei der Katastrophe in Toulon Getödteten zu gewähren. Ministerpräsident Dupuy giebt in ergreifenden Worten seinem Mitgefühl an dem Unglück Ausdruck und unterstützt den Antrag Allards, welcher alsdann der Budgetkommission überwiesen wird.

Im technischen Departement des österreichisch-ungarischen Kriegsministeriums hält man die Annahme der Toulouer Marinebehörden, die Explosion im Pulvermagazin Lagoubran sei in Folge chemischer Zersetzung von rauchlosem Pulver erfolgt, für ganz unwahrscheinlich und unglaubwürdig. Bei der Einführung des rauchlosen Pulvers in der österreichisch-ungarischen Armee seien gerade in Bezug auf die Möglichkeit und die Gefahren der chemischen Zersetzung dieses Pulvers eingehende Versuche und Experimente aller Art gemacht worden, und es habe sich gezeigt, daß das rauchlose Pulver überhaupt keine chemische Zersetzung erfahre, ebenso wenig wie Ecrasit und Melinit. Das in Frankreich eingeführte rauchlose Pulver dürfte sich hierin vom österreichischen nicht unterscheiden und keine solche Eigenschaft haben, die man ja bei der Untersuchung hätte entdecken müssen, und welche dieses Pulver von vornherein für den militärischen Gebrauch unmöglich gemacht hätte.

Arbeiterbewegung.

Die **Steinsetzer in Berlin** und den Vororten sind in Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern 65 Pf. Stundenlohn bei neunstündiger Arbeitszeit, sowie Abschaffung jeder Akkord- und Ueberstundenarbeit. Das Lohnkomitee der Gesellen hat die Meister zu einer Besprechung der Angelegenheit zum 22. März nach dem alten Schützenhause Berlin, Linienstraße, geladen.

26. Provinzial-Landtag von Pommern.

Stettin, 7. März.

Heute Mittag 12 Uhr fand im Sitzungssaale des Landhauses die Eröffnung des 26. Provinzial-Landtages von Pommern durch den kgl. Landes-Kommissarius, Herrn Ober-Präsident von Puttkamer Excellenz, mit folgender Rede statt:

Hochgeehrte Herren!

Nachdem des Kaisers und Königs Majestät Allergnädigst geruhet haben, den 26. Pommerschen Provinziallandtag auf heute zu berufen, habe ich die Ehre, Sie beim Beginn Ihrer diesmaligen Tagung zu begrüßen.

Es ist das erste Mal, daß Sie nach dem Hintritt des unvergeßlichen Landeshauptmanns Höppner zur Erledigung von Geschäften sich versammeln, und es ist mir Bedürfniß, bei diesem Anlasse noch einmal des schmerzlichen Verlustes zu gedenken, den die Provinz durch seinen vorzeitigen Tod erlitten hat. Lassen Sie mich zugleich die feste Zuversicht aussprechen, daß die vortrefflichen und vertrauensvollen Beziehungen, welche von jeher zwischen der Staats- und der Provinzialverwaltung bestanden haben, auch in Zukunft unter der neuen Leitung der letzteren ungetrübt bleiben werden. Die Persönlichkeit und die dienstliche Vergangenheit des gegenwärtigen Herrn Landeshauptmanns, welchen Ihr Vertrauen unter Allerhöchster Bestätigung an die Spitze der Geschäfte berufen hat, bürgen dafür, daß diese Zuversicht keine Täuschung erfahren wird.

Auch im verflossenen Jahre ist Ihnen der Verlust werther Mitglieder des Landtags und des Provinzial-Ausschusses nicht erspart geblieben. Ihr Gedächtniß wird unter Ihnen und in der Provinz in Ehren fortleben.

Bereits im vorigen Jahre hatte ich darauf hinzuweisen, daß die fernere Entwickelung unseres Kleinbahnwesens in Zukunft vielleicht bald erhöhte Anforderungen an die Finanzkraft der Provinz stellen werde. Diese Vermuthung hat sich bestätigt. Es ist nothwendig, die Mittel zur Förderung des Baues von Kleinbahnen zu erhöhen, wobei zugleich die Möglichkeit der Gewährung von Beihülfen an bereits bestehende Unternehmungen dieser Art zum Zwecke ihrer besseren Ausrüstung und zur Abstoßung hierfür eingegangener Verbindlichkeiten in das Auge zu fassen sein wird. Die Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse sollen durch eine Provinzialanleihe aufgebracht werden.

Für das bevorstehende Rechnungsjahr hat sich die Erhöhung der Provinzialabgaben um 200000 Mk. nicht vermeiden lassen. Es ist dies bedingt durch die Nothwendigkeit eines erheblichen Mehraufwandes für den Zuschuß zum Kleinbahnfonds, sowie einer verstärkten Verwendung von Provinzialmitteln zur Hebung der Landwirthschaft. Für diesen weitaus wichtigsten Erwerbszweig der wesentlich auf die Erträge des Ackerbaues angewiesenen Bevölkerung unserer Provinz in mäßigen Grenzen sich haltende Opfer zu bringen, werden Sie gerne bereit sein, um so mehr, als die in dem neuen Voranschlage vorgesehene Erhöhung der Beiträge sich auf einer Höhe hält, welche zu Bedenken keine Veranlassung giebt, auch verglichen mit der Mehrzahl der anderen Provinzen.

Für die Vollendung des Ausbaues der St. Jakobi-Kirche zu Stettin, sowie für den Ausbau der künstlerisch und historisch merkwürdigen Kirche zu Kenz im Kreise Franzburg werden Mittel von Ihnen erbeten werden.

Sie werden ferner um eine Beihülfe angegangen werden zur Unterhaltung der in Stettin zu errichtenden Schule für Seedampfschiffs-Maschinisten.

Die Herstellung eines Großschifffahrtsweges nach Berlin bildet eine Lebensfrage für den Wohlstand und die weitere gedeihliche Entwickelung unserer Provinzialhauptstadt, und berührt somit mehr oder minder das Interesse der Provinz in ihrer Gesamtheit. Von dieser Erwägung ausgehend, hat der Provinzialausschuß beschlossen, Ihnen vorzuschlagen, die Stadt Stettin bei der Uebernahme einer antheiligen Garantie der Kosten für Betrieb, Verwaltung und Unterhaltung des Kanals in angemessener Weise zu unterstützen. Ich empfehle die bezügliche Vorlage Ihrer eingehenden und wohlwollenden Erwägung.

Geehrte Herren! Auch für die diesjährige Tagung, liegt ein reiches Feld fruchtbarer Thätigkeit für das Wohl unserer theuren Heimathsprovinz vor Ihnen. Indem ich Sie einlade, in Ihre Arbeiten mit bewährtem Eifer einzutreten, erkläre ich den 26. Pommerschen Provinziallandtag für eröffnet.

Als Alterspräsident brachte Herr Amtsvorsteher a. D. Wolff-Bredow ein mit Begeisterung aufgenommenes Hoch auf Se. Majestät den Kaiser aus und wurde sodann zur Wahl des Präsidenten geschritten. Durch Zuruf wurde der Wirkl. Geh. Rath Herr von Köller-Kantreck zum ersten, Herr Oberbürgermeister Haken-Stettin zum zweiten Präsidenten wiedergewählt; beide nehmen die Wahl dankend an. Zu Schriftführern werden berufen die Herren Bürgermeister Sasse-Neustettin, Kämmerer Michalowsky-Stettin, Landrath v. Thadden-Greifenberg und Landrath v. Weiher-Rummelsburg. Der Präsident theilt mit, daß zwei Mitglieder des Provinziallandtages durch den Tod abberufen worden sind, nämlich die Herren Bürgermeister Brandenburg-Stralsund und Major a. D. v. Enckevort-Vogelsang. Die Versammlung ehrt das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Als Vertreter der Regierung sind vom Herrn Oberpräsidenten die Herren Oberpräsidialrath Hagen und Regierungsrath v. Strantz designirt. Nach Feststellung der Präsenzliste findet die Verloosung zur Bildung der Abtheilungen sowie die Ueberweisung der Vorlagen an die Abtheilungen und Kommissionen statt, worauf die Sitzung um 12¾ Uhr geschlossen und nach einstündiger Pause wieder eröffnet wird. Inzwischen hatten sich die Kommissionen gebildet. Auf der Tagesordnung der neuen Sitzung standen nur Wahlprüfungen und Angelegenheiten der Geschäftsordnung.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 7. März. Zur Erleichterung des diesjährigen Osterverkehres wird im preußischen Staatsbahnverkehr, sowie im Verkehr mit den Nachbarbahnen die Geltungsdauer der gewöhnlichen Rückfahrkarten von sonst kürzerer Dauer, welche am Dienstag, den 21. März, und den folgenden Tagen gelöst werden, bis einschließlich Freitag, den 14. April d. J., verlängert. Die Rückfahrt muß spätestens am letzten Gültigkeitstage bis um 12 Uhr Mitternacht einschließlich angetreten sein und darf nach Ablauf dieses Tages nicht mehr unterbrochen werden.

— Zahlmeister, die sich nach zwölfjähriger Dienstzeit schon als Zahlmeisteraspirant den Zivilversorgungsschein erdient hatten, durften bisher bei ihrem Uebertritt in den Pensionsstand in der Reihenfolge aller anderen Militäranwärter, d. h. ohne alle Bevorzugung von diesem Zivilversorgungsscheine Gebrauch machen. In Folge eines kriegsministeriellen Erlasses vom 20. Februar d. J. ist eine Aenderung dahin erfolgt, daß, sobald die Anstellung als Zahlmeister auf Grund des Dienstalters als Zahlmeisteraspirant erfolgt (und das dürfte meist der Fall sein), der Zivilversorgungsschein zu den Akten zu nehmen ist. Der Schein darf den Betreffenden beim Ausscheiden als Zahlmeister mit Pension nicht wieder behändigt werden. Das schließt jedoch nicht aus, daß auf Zahlmeister, die mit Pension ausgeschieden sind, bei etwaiger Wiederbewerbung um eine Anstellung der § 10,5 der Anstellungsgrundsätze Anwendung findet, wonach ihnen eine den Militäranwärtern vorbehaltene Stelle verliehen werden kann. Für Zahlmeister, die an-

gestellt worden sind, ohne zuvor den Zivilversorgungsschein erworben zu haben, darf nach ihrem Ausscheiden mit Pension ausnahmsweise die gnadenweise Verleihung der Anstellungsberechtigung nachgesucht werden.

— In dem Entwurf zum Staatshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1899 sind die Mittel für zwei **Gendarmerieschulen** ausgeworfen, und zwar soll die eine im Westen, die andere im Osten der Monarchie errichtet werden. Für den Westen bietet die Auswahl eines geeigneten Ortes keine Schwierigkeiten. Dagegen wäre es erwünscht, wenn die Gemeindebehörden des Ostens (Schlesien, Posen, Westpreußen, westliches Ostpreußen, Brandenburg, Pommern), welche in der Lage und gewillt sind, geeignete Gebäulichkeiten zur Unterbringung der Schule (ehemalige Kasernements oder dergl.) zur Verfügung zu stellen, sich baldigst meldeten. Ueber die Zahl und Größe der erforderlichen Räumlichkeiten giebt der Korpsstab der Landgendarmerie (Berlin N.W., Wilsnackerstr. 6) gern Auskunft.

— Eine wesentliche Aenderung in der gerichtlichen **Taxirung der städtischen Grundstücke** wird vom 1. Januar 1900 ab eintreten. Während gegenwärtig in Preußen der Werth eines städtischen Grundstückes in der Weise ermittelt wird, daß zu dem von Sachverständigen festgestellten Bau- und Bodenwerth der mit 5 v. Hundert kapitalisirte Ertragswerth hinzugezählt und von der Hälfte der Summe die mit dem gleichen Zinsfuße kapitalisirten Unkosten in Abzug gebracht werden, ist nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch der Kapitalisirung ein Zinsfuß von 4 v. H. zu Grunde zu legen. Bei einem Ertragswerthe von 49000 Mk. z. B. wird der gerichtliche Taxwerth eines Berliner Hauses unter sonst gleichen Verhältnissen im nächsten Jahre bereits um 95510 Mk. höher ausfallen als gegenwärtig. Dieser Umstand wird voraussichtlich zur Hebung des städtischen Realkredits nicht unerheblich beitragen, da mit der Erhöhung des gerichtlichen Taxwerthes auch die Beleihungsfähigkeit eines Grundstückes wächst.

— Der Geheime **Ober-Regierungs-Rath Scheller** in Berlin, früher Landrath des Kreises Greifenhagen, ist zum Regierungs-Präsidenten in Stralsund ernannt.

— Der außerordentliche **Professor Dr. Waentig**, der erst vor Kurzem nach Greifswald übersiedelte, ist als ordentlicher Professor der Nationalökonomie an die Rostocker Universität berufen worden.

— Dem Geschäftsbericht der Pommerschen landschaftlichen Darlehnskasse, Stettin, pro 1898 entnehmen wir Folgendes: Die im letzten Geschäftsberichte geschilderten Verhältnisse übten auch im Jahre 1898 entscheidenden Einfluß auf den Gang der Geschäfte aus. Die Neigung des Publikums, Industriepapiere, weil hohe Zinsen versprechend, zu kaufen, drückte den Kours der Pommerschen Pfandbriefe, sodaß die Bepfandbriefungsgeschäfte eingeschränkt worden sind. Nur die Neubeleihungen bei der Neuen Pommerschen Landschaft für den Kleingrundbesitz weisen eine Zunahme von 19 Stück auf. Der Konto-Korrent-Verkehr hat eine wesentliche Steigerung erfahren. Die Anzahl der Konten hat sich von 510 auf 985, also um 475 gesteigert und der Umsatz auf diesem Konto weist eine Erhöhung von rund 62 000 000 Mark auf. An offenen Depots befanden sich Ende 1898 Stück 311 und an verschlossenen Depots Stück 68 in der Verwaltung der Darlehnskasse, gegen 207 resp. 49 in 1897. Eine feuer- und diebessichere Stahlkammer, nach den neuesten Erfahrungen vom Hof- und Kunstschlossermeister Arnheim-Berlin erbaut, wird demnächst dem Verkehr übergeben werden. Der Gesamt-Umsatz belief sich auf 637 600 022 Mark 56 Pf. Der Reingewinn beziffert sich auf 217 532 Mark 38 Pf. gleich 10 876 Prozent und wird nach Abzug von 81 004 Mark 81 Pf. für Zinsen, Tantiemen rc. dem Reservefonds gutgebracht. Der Reservefonds erreicht damit die Höhe von 637 154 Mark 58 Pf.

— **Stettiner Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft.** Die Betriebs-Einnahmen betrugen

im Februar 1899	Mark	60 523,35
„ „ 1898	„	54 394,05
1899 +	Mark	6 129,30
bis ult. Januar „ +	„	10 402,65
mithin bis ult. Februar „ +	Mark	16 531,95

* In der Woche vom 26. Februar bis 4. März sind hierselbst 35 männliche und 23 weibliche, in Summa 58 Personen polizeilich als **verstorben** gemeldet, darunter 20 Kinder unter 5 und 21 Personen über 50 Jahren. Von den **Kindern** starben 5 an Lebensschwäche, 4 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 2 an Krämpfen und Krampfkrankheiten, 2 an Durchfall und Brechdurchfall, 2 an Syphilis, 2 an katarrhalischem Fieber und Grippe, 1 an Abzehrung und 1 an organischer Herzkrankheit. Von den **Erwachsenen** starben 9 an Schwindsucht, 6 an Krebskrankheiten, 4 an chronischen Krankheiten, 4 an Altersschwäche, 3 an organischen Herzkrankheiten, 2 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 2 an Entzündung des Unterleibs, 2 an Schlagfluß, 2 an Gehirnkrankheiten, 1 an Krämpfen, 1 an katarrhalischem Fieber und Grippe und 1 in Folge eines Unglücksfalles.

* **Verhaftet** wurde hier der Arbeiter Max Zeitel wegen Bedrohung, Widerstandes und Beleidigung.

* Auf der **Sanitätswache** erschienen in letzter Nacht zwei Studenten, von denen einer bei einer Schlägerei mehrere Hiebwunden am Kopf davongetragen hatte. Dem Verletzten wurde ein Verband angelegt.

— Wir wollen nicht unterlassen, nochmals auf das morgen Mittwoch im Saale des Ev. Vereinshauses stattfindende **Konzert von Hedwig Wilsnach** an dieser Stelle aufmerksam zu machen, dasselbe bietet ein hochinteressantes Programm und ist ein zahlreicher Besuch umsomehr zu wünschen, als der Ertrag für Missionszwecke bestimmt ist.

— Ein interessanter Theaterabend steht im **Stadttheater** am Freitag bevor, indem zwei reizende Opern zur Aufführung gelangen, nämlich „Heimchen am Herd“ und „Stradella“. Zwei Umstände dürften die Vorstellung besonders zugkräftig machen, erstens wirkt an diesem Abend auffallender Weise kein Gast mit und zweitens ist die Vorstellung zum **Benefiz für Herrn Max Krauße**, unsern trefflichen lyrischen Tenor, bestimmt. Herr Krauße hat den Gesangsfreunden durch seine Stimmmittel und sein temperamentvolles Spiel schon manchen Abend verschönt, möchten sich die Gesangsfreunde dafür dankbar zeigen und Herrn Krauße seinen Ehrenabend durch zahlreichen Besuch verschönern.

— Der Spielplan des **Bellevue-Theaters** für die nächsten Tage ist in folgender Weise aufgestellt: Mittwoch (kleine Preise) „Der wilde Reutlingen“, Donnerstag: (kleine Preise) „Der Hypothekenschuster“, Freitag beginnt das Gastspiel von **Adele Sandrock** und stellt sich dieselbe am ersten Abend in einer ihrer hervorragendsten Rollen, der „Magda“ in Sudermann's „Heimath“ vor, am Sonnabend folgt dann die Novität „Zaza“, worin Frl. Sandrock die Titelrolle spielt.

Aus den Provinzen.

D **Kammin**, 6. März. Hier hat sich ein Komitee gebildet, welches zu Sammlungen für die beiden Fischerfamilien Luck und Reichel aus West-Dievenow auffordert, deren Ernährer am 28. Februar mit je einem Kinde ertranken. An der Spitze des Komitees stehen Herr Landrath von Massow und Herr Bürgermeister Stipanski.

Treptow a. R., 6. März. Viele Menschen haben die Gewohnheit, Wattepfropfen als Mittel gegen Ohrenreißen und Zahnschmerzen in die Ohren zu stopfen. Die Watte nützt in Wirklichkeit nichts, schadet vielmehr manchmal ungeheuer, wie folgendes Vorkommniß zeigt. Ein hiesiger Beamter, welcher als Mittel gegen Zahnschmerzen Watte in die Ohren steckte, wurde nach und nach so schwerhörig, daß er nur ganz laut sprechende Personen verstehen konnte, während er früher vollkommen normal hörte. Bei einer vorgenommenen gründlichen Untersuchung und Ausspritzung der Ohren fand sich eine Menge, durch das Ohrenschmalz verhärteter Watte vor, welche zu tief in den Gehörgang eingedrungen war. Diese war die alleinige Ursache des Uebels gewesen; denn nach ihrer Entfernung hörte der Mann wieder ganz normal.

Gerichts-Zeitung.

* **Stettin**, 7. März. Ein vielfach vorbestrafter Dieb hatte sich heute in der Person des 48 Jahre alten Müllergesellen August **Runge** vor der **dritten Strafkammer** des hiesigen Landgerichts zu verantworten. Nach Verbüßung seiner letzten, mehrjährigen Zuchthausstrafe hatte der Angeklagte im Januar 1898 bei dem Mühlenbesitzer Gentz in Pölitz ein Unterkommen gefunden, da er aber nirgends lange aushielt, so wurde ihm auch dort die Arbeit bald zu viel und er ging am 13. März fort, nahm aber dabei verschiedene Sachen des Müllers mit, nämlich einen Anzug, einen Ueberzieher, ein Paar Halbstiefel, eine silberne Zylinderuhr und 70 bis 80 Mark baares Geld, die sich in einem unverschlossenen Schrank befanden. Da Runge sich meist vagabondirend im Lande umhertrieb, so gelang es erst kürzlich, ihn zu fassen, er war des Diebstahls geständig, wollte aber den Anzug nebst Ueberzieher schon vorher geborgt erhalten haben. Dieser Einwand war nicht zu widerlegen und nahm daher das Gericht bezüglich der vorgedachten Gegenstände Unterschlagung für vorliegend an. Es wurde auf eine **Zuchthausstrafe** von vier Jahren und drei Monaten, Ehrverlust auf die Dauer von 5 Jahren und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt.

— **Eine das Vereinsgesetz betreffende Entscheidung des Kammergerichts**, welche die „Deutsche Juristenzeitung“ im Wortlaute mittheilt, ist von allgemeinem Interesse. Seit dem Jahre 1895 hat das Kammergericht in verschiedenen Entscheidungen an der Ansicht festgehalten, daß nach dem Wortlaut des § 2 des Vereinsgesetzes die Verpflichtung der Vereinsvorsteher, das Verzeichniß der Mitglieder des Vereins der Ortspolizeibehörde zur Kenntnißnahme einzureichen, auf die drei ersten Tage nach Stiftung des Vereins beschränkt, mithin die in der Nichterfüllung dieser Verpflichtung liegende strafbare Handlung mit dem Ablauf der dreitägigen Frist vollendet ist und demnach auch eine nach dem Fristablauf fortgesetzte Unterlassung der Einreichung sich nicht mehr als eine strafbare Handlung darstellt. In dem neueren Erkenntniß wird nun ausgeführt, daß die betreffenden Entscheidungen in ihrer Allgemeinheit zu weit gehen und ein Unterschied gemacht werden müsse zwischen den Personen, die bei Stiftung des Vereins und während der ersten drei Tage nach derselben Vorsteher waren, und denen, die es erst später geworden sind. Nur letztere machen sich, wenn sie der Aufforderung zur Einreichung des Mitgliederverzeichnisses nicht nachkommen, nicht strafbar, dagegen dauert die Verpflichtung der ersteren, das Mitgliederverzeichniß der Polizei einzureichen, so lange fort, bis die Verpflichtung erfüllt oder die Erfüllung unmöglich geworden ist, z. B. durch Ausscheiden dieser Personen aus dem Vorstande. Wollte man die Strafbarkeit auch dieser Vorsteher auf die dreitägige Frist beschränken, so würde die Polizei unter Umständen nicht in der Lage sein, den betreffenden Verein in seiner Thätigkeit zu überwachen, indem derselbe mit Leichtigkeit seine Konstituirung in den ersten drei Tagen geheim halten könnte.

Kunst und Wissenschaft.

Der Kaiser als Kunstkritiker. Unter dieser Spitzmarke berichtet der Berliner Korrespondent der „Daily Mail“ Folgendes: „Professor Fritz August von Kaulbach, der berühmte Porträtmaler, ist in Berlin angekommen und im „Savoy-Hotel“ abgestiegen. Er kam auf besondere Einladung des Kaisers, der ihm den Auftrag gegeben hat, ein großes Gemälde der ganzen kaiserlichen Familie zu malen. Im Laufe einer Unterhaltung mit dem Professor sagte er mir, daß die Kaiserin ihm bereits zweimal gesessen habe. Während einer der Sitzungen sei der Kaiser eingetreten. Nachdem er der Arbeit des Malers eine Zeit lang zugeschaut, machte er einige Bemerkungen über die Farbe des Kleides, welches die Kaiserin trug. Er meinte, daß dieselbe keine genaue Behandlung durch den Pinsel des Künstlers gestatte, da die Schattirungen zu dunkel und nicht ausgeprägt genug seien. Die Kaiserin theilte augenscheinlich diese Meinung nicht und versuchte ihren „lieben Wilhelm“ davon abzubringen. Dies gelang ihr schließlich, aber als der Kaiser sich bald darauf entfernte, sagte er lachend zu dem Professor: „Machen Sie sie nur nicht zu alt, lieber Kaulbach.“ Die Ausführung des Gemäldes wird lange Zeit in Anspruch nehmen, da Professor Kaulbach jedes Mitglied der kaiserlichen Familie, darunter die kleine Prinzessin, in besonderen Sitzungen zu malen gedenkt, ehe die ganze Gruppe vollendet wird. Ich habe guten Grund für die Annahme, daß der Kaiser beabsichtigt, dieses Gemälde der Königin Viktoria zum Geschenk zu machen.“

Schiffsnachrichten.

— Die überseeische Auswanderung aus dem Deutschen Reiche war im Jahre 1898 nach dem soeben erschienenen Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reichs geringer als in einem der früheren Jahre seit Gründung des Reichs. Es sind über deutsche Häfen, Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam und französische Häfen nur 20 956 deutsche Auswanderer befördert worden gegen 24 631 im Jahre 1897, 33 824 im Jahre 1896, 37 494 im Jahre 1895, 120 089 im Jahre 1891, 104 787 im Jahre 1887 und 220 902 im Jahre 1881. Seit dem Jahre 1881 ist die überseeische Auswanderung also auf den zehnten Theil herabgegangen. Annähernd so gering wie in den letzten vier Jahren war die Auswanderung nur in den Jahren 1875 bis 1879, von denen 1877 die geringste Ziffer mit 22 898 hatte. Zu bemerken ist allerdings, daß über die Auswanderung aus französischen Häfen für 1898 vollständige Zahlen noch nicht vorliegen, doch wird sich die endgültige Ziffer keinesfalls um mehr als 1000 erhöhen. Von den Auswanderern des letzten Jahres, abgesehen von den über französische Häfen Beförderten, gingen 17 232 (im Jahre 1897 17 030) nach den Vereinigten Staaten, 208 (539) nach Britisch Nordamerika, 785 (899) nach Brasilien, 1094 (1180) nach anderen Theilen von Amerika, 1092 (1103) nach Afrika, 223 (145) nach Asien und 163 (324) nach Australien. Zugenommen hat also nur die Auswanderung nach Asien, vermuthlich in Folge der Erwerbungen in China. Auffällig ist der starke Rückgang der Auswanderung nach Britisch-Nordamerika, dorthin gingen 1893 ungewöhnlich viel Auswanderer, nämlich 6136; 1894 sank die Zahl auf 1490 und ist seitdem auf ein Siebentel herabgegangen, während die nach den Vereinigten Staaten in diesen vier Jahren auf noch nicht die Hälfte gesunken ist. Vergleicht man die Zahl der Auswanderer mit der der Einwohner, so kommen auf 100 000 Einwohner des deutschen Reichs im Jahre 1898 38 Auswanderer gegen 43 im Jahre 1897, 61 in 1896, 68 in 1895 und 232 in 1891. Von den Einzelstaaten hatten Bremen und Hamburg mit 206 und 201 auf 100 000 Einwohner die meisten Auswanderer; dann folgen Lübeck mit 83, Würtemberg mit 54 und Oldenburg mit 53. In Preußen kommen auf 100 000 Einwohner nur 37 Auswanderer gegen 259 im Jahre 1891. Besonders in den östlichen Provinzen ist die Auswanderung sehr erheblich gesunken. Aus Westpreußen wanderten nur 61 von 100 000 Einwohnern aus gegen 1094 im Jahre 1891, aus Posen 74 gegen 1041, aus Pommern 49 gegen 640. Verhältnißmäßig die größte Auswanderung haben von den preußischen Provinzen zur Zeit Schleswig-Holstein mit 92 und Hannover mit 87 auf 100 000 Einwohner. Von den deutschen Auswanderern gingen 8826 (9555) über Bremen, 8170 (8802) über Hamburg und 177 (440) über andere deutsche Häfen. Außer den deutschen Auswanderern wurden über Bremen noch 51 660, über Hamburg 31 712 und über Stettin 433, zusammen also 83 805 Angehörige fremder Staaten befördert, darunter 38 493 aus Oesterreich-Ungarn und 27 853 aus Rußland.

Hamburg, 6. März. In Folge des Tarifkampfes zwischen den nordatlantischen Schnelldampfer-Linien hat die Hamburg-Amerika-Linie ihren Ueberfahrtspreis für die erste Kajüte ab Southampton von 20 auf 10 Lstrl. herabgesetzt.

Bremen, 6. März. [Schiffsbewegungen des Norddeutschen Lloyd.] „Aller“ 5. März von Genua nach Newyork abgegangen. „Wittekind“ 5. März in Antwerpen angekommen. „Mainz“ 3. März von Buenos Aires nach Bremen abgegangen. „Halle“ 4. März von Buenos Aires nach Bremen abgegangen. „München“ 5. März Prawle Point passirt. „Karlsruhe“ 5. März von Aden nach Australien abgegangen. „Pfalz“ 5. März Las Palmas passirt. „Darmstadt“ 5. März Dover passirt. „Bremen“ 5. März Dover passirt. „Friedrich der Große“ 5. März Dover passirt. „Roland“ 5. März in Bremerhafen angekommen. „Aachen“ 5. März in Bremerhafen angekommen. „Prinz-Regent Luitpold“ 6. März in Sydney angekommen. „Königin Luise“ 4. März von Neapel nach Genua abgegangen. „Saale“ 4. März von Newyork nach Genua abgegangen. „Kaiser Wilhelm II.“ 4. März in Horta angekommen. „Weimar“ 4. März in Baltimore angekommen. „Mark“ 4. März in Montevideo angekommen.

Vermischte Nachrichten.

London, 6. März. Wie das „Reutersche Bureau“ aus Mombasa von heute berichtet, sind dort Meldungen eingetroffen, daß in mehreren großen Distrikten des britisch-ostafrikanischen Protektorats Hungersnoth ausgebrochen ist. Das Getreide auf den Feldern ist von Heuschrecken vor der Ernte vernichtet worden. Die Ortsbehörden und Missionsgesellschaften thun ihr Aeußerstes, um dem Elend vorzubeugen, allein es gilt nicht für unwahrscheinlich, daß ein Aufruf an das englische Volk zur Hülfeleistung nothwendig sein werde.

Paris, 6. März, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Behauptet.

	6.	4
3% Franz. Rente	103,10	103,12
5% Ital. Rente	95,45	95,70
Portugiesen	26,60	26,50
Portugiesische Tabaksoblig.	—,—	—,—
4% Rumänier	[illegible]	[illegible]
4% Russen de 1889	1[illegible]	[illegible],20
4% Russen de 1894	101,[illegible]	101,25
3½% Russ. Anl.	—,—	99,80
3% Russen (neue)	94,05	94,35
4% Serben	62,25	62,25
4% Spanier äußere Anleihe	56,60	56,50
Convert. Türken	23,90	23,80
Türkische Loose	123,00	124,00
4% türk. Pr.-Obligationen	494,00	—,—
Tabacs Ottom.	294,00	295,00
4% ungar. Goldrente	101,00	—,—
Meridional-Aktien	725,00	724,00
Oesterreichische Staatsbahn	—,—	—,—
Lombarden	171,00	170,00
B. de France	3950	3950
B. de Paris	983,00	985,00
Banque ottomane	570,00	574,00
Credit Lyonnais	889,00	887,00
Debeers	707,00	707,00
Langl. Estrat.	102,00	—,—
Rio Tinto-Aktien	991,00	995,00
Robinson-Aktien	270,00	264,50
Suezkanal-Aktien	3625	3630
Wechsel auf Amsterdam kurz	206,18	206,18
do. auf deutsche Plätze 3 M.	122,25	122 3/16
do. auf Italien	7,62	7,50
do. auf London kurz	25,21	25,20
Cheque auf London	25,23	25,22
do. auf Madrid kurz	386,50	384,50
do. auf Wien kurz	207,00	207,00
Huanchaca	58,50	59,25
Privatdiskont	2 7/8	2 7/8

Börsen-Berichte.

Stettin, 7. März. Wetter: Leicht bewölkt. Temperatur + 5 Grad Reaumur. Barometer 761 Millimeter. Wind: SW.

Spiritus per 100 Liter à 100 % loko ohne Faß 70er 39,60 G.

Berlin, 7. März. In Getreide rc. fanden keine Notirungen statt.

Spiritus loko 70er amtlich 40,60, loko 50er amtlich —,—.

London, 7. März. Wetter: Schön.

Berlin, 7. März. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	101,20	London kurz	204,30
do. do. 3½%	101,40	London lang	202,70
do. do. 3%	92,70	Amsterdam kurz	168,30
Dtsch. Reichsanl. 3%	92,75	Paris kurz	80,85
Pom. Pfandb. 3½%	99,10	Belgien kurz	80,65
do. do. 3%	89,80	Berl. Dampfmühlen	129,50
do. Neul. Pfd. 3½%	99,20	Neue Dampf.-Comp. (Stettin)	108,00
3% neuländ. Pfdbr.	90,20	Chamotte-Fabr. A.-G. vorm. Didier	426,50
Centrallandschaft-Pfandbr. 3½%	100,00	„Union“, Fabr. chem. Produkte	152,75
do 3%	89,80	Varziner Papierfabr.	203,25
Italienische Rente	95,00	Stöwer, Nähmasch. u. Fahrrad-Werke	160,50
do. 3% Eisb.-Obl.	59,90	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	100,25
Ungar. Goldrente	100,60	3½% Hamb. Hyp.-B. unk. b. 1905	99,00
Rumän. 1881er am. Rente	101,10	Stett. Stdtanl. 3½%	97,75
Serb. 4% 95er Rente	62,00	**Ultimo-Kourse:**	
Griech. 5% Goldr. von 1890	43,00	Disc.-Commandit	199,00
Rum. am. Rente 4%	92,50	Berl. Handels-Ges.	165,40
Mexikan. 6% Goldr.	100,50	Oesterr. Credit	230,40
Oesterr. Banknoten	169,45	Dynamite Trust	179,60
Russ. Bankn. Cassa	216,30	Bochumer Gußstahlf.	242,75
do. do. Ultimo	—,—	Laurahütte	221,40
Gr. Russ. Zollcoup.	324,10	Harpener	182,40
Franz. Banknoten	81,10	Hibernia, Bergw.-Gesellschaft	191,50
National-Hyp.-Cred.-Ges. (100) 4½%	99,00	Dortm. Union Lit. C.	113,90
do. (100) 4%	—,—	Ostpreuß. Südbahn	94,00
do. (100) 4%	90,00	Marienburg-Mlawkabahn	83,25
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	—,—	Norddeutscher Lloyd	114,50
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Em.	100,50	Lombarden	30,25
Stett. Vulc.-Aktien Lit. B.	224,25	Franzosen	153,75
Stett. Vulc.-Prior.	224,25	Luxemburg. Prince-Henribahn	104,80
Stett. Straßenbahn	170,00		
Petersburg kurz	215,75		
Warschau kurz	215,75		

Tendenz: Fester.

Hamburg, 6. März, Nachmittags 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 29,50 G., per Mai 29,75 G., per September 30,50 G., per Dezember 31,00 G.

Hamburg, 6. März, Nachmittags 3 Uhr. Zucker. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Prod. Basis 88 pCt. Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg, per März 9,92½, per April 9,97½, per Mai 10,00, per August 10,20, per Oktober 9,52½, per Dezember 9,47½. Stetig.

Bremen, 6. März. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. [Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.] Loko 6,85 B. Schmalz behauptet. Wilcox in Tubs 28½ Pf., Armour shield in Tubs 28½ Pf., andere Marken in Doppel-Eimern 29¼—29¾ Pf. — Speck ruhig. — Short clear middl. loko 27 Pf. — Reis stetig. — Kaffee ruhig. — Baumwolle ruhig. Upland middl. loko 32¼ Pf.

Wien, 6. März. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 9,75 G., 9,76 B., per Mai-Juni —,— G., —,— B. Roggen per Frühjahr 8,06 G., 8,08 B. Mais per Mai-Juni —,— G., —,— B. Hafer per Frühjahr 6,08 G., 6,10 B.

Pest, 6. März, Vormittags 11 Uhr. Produktenmarkt. Weizen loko beh., per März 10,20 G., 10,21 B., per April 9,71 G., 9,72 B., per Oktober 8,57 G., 8,58 B. Roggen per März 7,74 G., 7,76 B. Hafer per März 5,76 G., 5,77 B. Mais per Mai 4,58 G., 4,60 B. Kohlraps per August 12,05 G., 12,15 B. — Wetter: Schön.

Amsterdam, 6. März. Java-Kaffee good ordinary 30,00.

Amsterdam, 6. März. Bancazinn 63,00.

Amsterdam, 6. März, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen auf Termine ruhig, per März 178,00, per Mai —,—. Roggen loko ruhig, do. auf Termine ruhig, per März —,—, per Mai 137,00, per Oktober 125,00. Rüböl loko 24,50, per Mai 23,00, per Herbst 23,12.

Antwerpen, 6. März. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen ruhig. Hafer behauptet. Gerste ruhig.

Antwerpen, 6. März, Nachm. 2 Uhr. Petroleum. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 18,75 bez. u. B., per März 18,75 B., per April 18,75 B., per Mai 19,00 B. Ruhig.

Schmalz per März 67,75.

Paris, 6. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behauptet, per März 20,90, per April 21,10, per Mai-Juni 21,25, per Mai-August 21,15. Roggen ruhig, per März 14,10, per Mai-August 14,20. Mehl beh., per März 43,70, per April 43,90, per Mai-Juni 44,25, per Mai-August 44,25. Rüböl beh., per März 50,00, per April 50,25, per Mai-August 50,75, per September-Dezember 52,25. Spiritus fest, per März 45,25, per April 45,25, per Mai-August 44,50, per September-Dezember 40,75. — Wetter: Kalt.

Paris, 6. März. (Schluß.) Rohzucker fest, 88 Proz. loko 28,75 bis 29,50. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilogramm per März 30,25, per April 30,50, per Mai-August 31,12, per Oktober-Januar 29,75.

Havre, 6. März, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per März 35,25, per Mai 35,75, per September 36,75. Behauptet.

London, 6. März. Angeboten an der Küste 2 Weizenladungen.

London, 6. März. 96% Javazucker loko 11,50 ruhig, Rüben-Rohzucker loko 9 Sh. 11 d. fest.

London, 6. März. Kupfer Chilibars good ordinary brands 69 Lstr. 18 Sh. — d. Zinn (Straits) 106 Lstr. 17 Sh. 6 d. Zink 27 Lstr. 7 Sh. 6 d. Blei 14 Lstr. — Sh. — d. Roheisen Mixed numbres warrants 54 Sh. 1 P.

London, 6. März. Chili-Kupfer 69,87, per drei Monate 69,75.

London, 6. März. Getreidemarkt. (Schluß.) Markt ruhig, Eröffnungspreise stetig, Gerste wenig Angebot.

Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 29 962, Gerste 3824, Hafer 28 049 Quarters.

Glasgow, 6. März. Die Verschiffungen von Roheisen betrugen in der vorigen Woche 5503 Tons gegen 4570 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Glasgow, 6. März. (Schluß.) Roheisen. Mixed numbers warrants 53 Sh. 11 d. Warrants Middlesborough III. 47 Sh. 8½ d.

Glasgow, 6. März. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 309 831 Tons gegen 333 856 Tons im vorigen Jahre. Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 84 gegen 81 im vorigen Jahre.

Newyork, 6. März. Der Werth der in der vergangenen Woche eingeführten Waaren betrug 11 980 558 Dollars gegen 8 293 819 Dollars in der Vorwoche, davon für Stoffe 2 888 871 Dollars gegen 2 590 908 Dollars in der Vorwoche.

Newyork, 6. März. Bestand an Weizen 29 477 000 Bsh., Mais 33 332 000 Bsh.

Newyork, 6. März. (Anfangskourse.) Weizen per Mai 76,75. Mais per Mai 40,87.

Newyork, 6. März, Abends 6 Uhr.

	6.	4.
Baumwolle in Newyork	6 9/16	6 9/16
do. Lieferung per März	—,—	6,29
do. Lieferung per Mai	—,—	6,28
do. in Neworleans	6 1/16	6,00
Petroleum, raff. (in Cases)	8,10	8,10
Standard white in Newyork	7,35	7,35
do. in Philadelphia	7,30	7,30
Credit Calances at Oil City	113,00	113,00
Schmalz Western steam	5,55	5,55
do. Rohe und Brothers	5,65	5,70
Zucker Fair refining Moscovados	3,87	3,87
Weizen stetig.		
Rother Winterweizen loko	83,87	84,25
per Februar	—,—	—,—
per März	82,37	82,75
per Mai	76,62	77,00
per Juli	75,37	75,37
Kaffee Rio Nr. 7 loko	6,25	6,25
per April	5,25	5,35
per Juni	5,35	5,40
Mehl (Spring-Wheat clears)	2,85	2,85
Mais stetig,		
per März	42,25	42,62
per Mai	40,50	41,12
per Juli	40,87	41,50
Kupfer	18,00	18,00
Zinn	23,75	24,00
Getreidefracht nach Liverpool	1,25	1,25

Chicago, 6. März.

	6.	4.
Weizen stetig, per März	—,—	—,—
per Mai	72,25	72,62
Mais stetig, per März	34,25	34,87
Pork per März	9,00	9,20
Speck short clear	4,87½	4,87½

Wollberichte.

Bradford, 6. März. Wolle fest aber ruhig. Exportgarne ruhig; die Spinner sind für den Inlandmarkt beschäftigt. Kleiderstoffe thätiger; das Geschäft ist für Amerika und den Orient unbefriedigend.

Wasserstand.

* **Stettin**, 7. März. Im Revier 5,62 Meter = 17′ 11″.

Telegraphische Depeschen.

Insbruck, 7. März. Aufsehen erregt hier die wachsende Zahl der zum Protestantismus übertretenden Personen. Gestern erfolgte der Uebertritt von 8 Personen. Für den nächsten Sonntag werden weitere Uebertrittserklärungen folgen.

Haag, 7. März. In dem Orte Sneek haben mehrere sozialistische Kundgebungen stattgefunden in Folge der Verhaftung eines Anarchisten. Die Polizei schritt ein und mußte zahlreiche Verhaftungen vornehmen.

Gent, 7. März. In einer von den Progressisten und Liberalen einberufenen General-Versammlung, an welcher zahlreiche Abgeordnete, Senatoren und Gemeinderäthe theilnehmen, wurde eine Tagesordnung angenommen, in welcher die Vereinigung aller Liberalen und Progressisten zur Bekämpfung der Klerikalen beschlossen wurde und das allgemeine gleiche Wahlrecht und die proportionale Vertretung als das einzige gerechte Wahlrecht befürwortet wurde.

Paris, 7. März. Die Enthüllungen Esterhazys im „Daily chronicle“, welche von der gesamten Presse abgedruckt worden sind, haben überall ungeheures Aufsehen erregt. Man ist im Allgemeinen einig darüber, zu erklären, daß die Geständnisse für einzelne Offiziere, welche in der Dreyfus-Angelegenheit eine Rolle gespielt haben, niederschmetternd sind und ihre sofortige Verhaftung nothwendig machen.

Paris, 7. März. Der deutsche Kaiser hat der französischen Regierung gelegentlich der Katastrophe von Toulon sein Beileid ausdrücken lassen. Diese neue freundschaftliche Kundgebung Kaiser Wilhelms hat in allen Kreisen der Bevölkerung den besten Eindruck hervorgerufen. Auch der König von Italien und die englische Regierung haben ihr Beileid ausgedrückt.

Der Marineminister Lockroy erklärt in einem Interview, die Katastrophe von Toulon sei keineswegs das Resultat einer Unvorsichtigkeit. Die Thore des Magazins seien seit 9 Uhr Abends fest geschlossen gewesen und Niemand hätte Einlaß erlangen können. Die Katastrophe sei daher durch einen anderen Zufall entstanden. Andererseits haben die Zivilbehörden, welche eine Untersuchung in der Angelegenheit eingeleitet hatten, diese aufgegeben mit dem Bemerken, es sei dies eine Aufgabe der Militärbehörde.

Rom, 7. März. Seit einiger Zeit revoltiren die Studenten an mehreren Universitäten. In voriger Woche tumultuirten die Studenten in Turin, alsdann brachen Unruhen in der Thierarzneischule zu Neapel aus, weil die Studenten dagegen protestiren, daß ein nach ihrer Meinung unwürdiger Mann auf Befehl des Kultusministers immatrikulirt werden sollte.

Madrid, 7. März. Der Ministerrath hat beschlossen, den aus Kuba und den Philippinen zurückgekehrten Soldaten soviel als möglich den ihnen schuldigen Sold auszuzahlen.

Valencia, 7. März. Eine große Anzahl aus Kuba zurückgekehrter Soldaten, denen sich zahlreiche Einwohner angeschlossen hatten, durchzogen die Stadt, indem sie Hochrufe auf die Armee ausbrachten und dabei eine Fahne herumtrugen, auf welcher die Worte standen: „Wir haben Hunger!“ Die Kundgeber wurden von der Polizei auseinander getrieben.

London, 7. März. Chamberlain erklärte gestern im Unterhause, Frankreich habe sich geweigert, trotzdem England es zu verschiedenen Malen aufgefordert, den Verkauf von Waffen und Munition an die Eingeborenen der Neuen Hebriden einzustellen.

Newyork, 7. März. Mit der unterwegs befindlichen Verstärkung wird General Otis bald über 41 000 Mann verfügen. Sofort wird eine energische Kampagne gegen die Fillippinos begonnen werden. — Bezüglich Chinas werden die Vereinigten Staaten passiv bleiben, solange der Handel Amerikas nicht gefährdet wird.